

„Einbürgerungsrecht reicht nicht aus“

Bundeskonzferenz der Türkischen Gemeinde – Keskin fordert erneut Doppelpass

Von NURAY PAULSEN

Als einen „Schritt von historischer Dimension“ hat Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) am Sonnabend bei der Eröffnung der Bundesdelegiertenkonferenz der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts gewürdigt. Im Altonaer Rathaus appellierte Schily als Gastredner an die in Deutschland lebenden Türken, das Angebot des neuen Staatsangehörigkeitsrechts an eine „multikulturelle Gesellschaft“ anzunehmen.

Dadurch, dass sich das Recht erstmals nicht an der Abstammung, sondern an der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft orientiere, sei das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht auf europäisches Niveau gehoben worden. Schily verteidigte auch den zwischen den Parteien geschlossenen Kompromiss. „Es ist nie der Inhalt der Politik der Bundesregierung gewesen, möglichst viele Mehrstaatigkeiten herbeizuführen.“

Von der rechtlichen Gleichstellung seien die 7,3 Millionen in Deutschland lebenden Einwanderer aber noch weit entfernt, sagte der TGD-Bundesvorsitzende Hakki Keskin. Denn nach dem neuen Recht erhielten nur in

Deutschland geborene Kinder von Nichtdeutschen automatisch den deutschen Pass. Für die älteren Einwanderer sei die Einbürgerung nicht leichter geworden. Der Grund hierfür sei die erzwungene Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft. „Aus diesem Grund

verzichten fast alle anderen westeuropäischen Staaten auf diese Voraussetzung bei der Einbürgerung“, sagte Keskin.

Bundesinnenminister Schily warnte vor einer Minderheitenpolitik, die darauf aus sei, eine in sich geschlossene Gesellschaft zu schaffen. „Ich will hier keine Ortsschilder mit deutschen und türki-

sehen Ortsschildern, keine Enklave der Türkei in Deutschland“, sagte der SPD-Politiker. Das Ziel der Integration sei ein gleichberechtigtes Miteinander. Dies sei aber nicht mit kultureller Nivelierung gleichzusetzen. „Eine homogene Gesellschaft ist eine trostlose Veranstaltung“, sagte Schily. Gleichzeitig machte der Bundesinnenminister deutlich, dass der Prozess der Integration Probleme für beide Seiten mit sich bringe. Deswegen sei er weiterhin dafür, die Zuwanderung zu begrenzen.

Wie der Bundesinnenminister rief auch Hamburgs Bürgermeis-

ter Ortwin Runde (SPD), die in Deutschland lebenden Migranten auf, die Sprache ihrer Wahlheimat zu lernen. „Wer stumm ist, der ist ausgeschlossen von politischer Teilhabe, von kultureller Teilhabe“, sagte Runde. Er begrüße es deshalb, dass die Türkei nun EU-Betriebskandidat sei. Für die Menschen türkischer Herkunft sei es wichtig zu wissen, dass ihre Heimat auf eine Zukunft als Teil Europas hoffen kann. Der Bürgermeister appellierte an die Türkei, „den Reformkurs im eigenen Land zügig fortzusetzen“.

Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrates der Juden,

Michel Friedman, betonte, dass für ein Miteinander Respekt voneinander nötig sei. „Dabei sind die Minderheiten auf die Mehrheiten angewiesen“, sagte Friedman. Er forderte die Migranten auf, das neue Staatsangehörigkeitsrecht zu nutzen, um die Politik beeinflussen zu können. Gleichzeitig wünschte sich Friedman von deutschen Politikern, neben den EU-Bürgern auch den türkischen Bürgern das kommunale Wahlrecht anzuvertrauen. Von den Kirchen verlangte der Vize-Vorsitzende, vorbildhaft vorzugehen, um ein gleichberechtigtes Zusammenleben zu fördern. Dafür rief Michel Friedman zu einem „jüdisch-muslimisch-christlichen Dialog“ in Deutschland auf.

Auch die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marilise Beck, forderte mehr Respekt vor den kulturellen Eigenarten der in Deutschland lebenden Einwanderer. Dazu gehörten muslimischer Religionsunterricht und die Einrichtung von muslimischen Friedhöfen.

Nach Aussage des TGD-Chefs Hakki Keskin werde der „Doppelpass“ weiterhin zu den Hauptforderungen der TGD gehören. Die Lösung dieser Frage liege weiterhin in unmittelbarer Verantwortlichkeit der deutschen Politik.